**Bianca van Wijnen. Vorsitzende der Fraktion BAVC/HDE**

„Der Zuschuss des Bundes an die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) soll im Jahr 2024 wieder sinken und sich auf den Posten für die pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben beschränken. Bereits jetzt mussten einige Krankenkassen den Beitrag steigern. Wir sind sehr glücklich darüber, dass die DAK-Gesundheit den Beitragssatz stabil halten kann. Dennoch ist die Entwicklung besorgniserregend. Die Politik schiebt die Verantwortung ab und sorgt dafür, dass mit weiteren Beitragssteigerungen zu rechnen ist. Die Krankenkassen werden die steigenden Kosten kurz-, mittel- oder langfristig auf ihre Mitglieder, unsere Mitarbeiter:Innen und damit auch auf uns als Arbeitgeber:Innen umlegen müssen. Die Entwicklung der Sozialausgaben bedürfen drastische Reformen. Diese sind nur unzureichend erkennbar und es wird zu spät mit den beteiligten Parteien gesprochen.

Der Krankenstand erreichte im Jahr 2023 zum zweiten Mal in Folge ein Rekordniveau. Die jüngst veröffentlichte Statistik der DAK spricht eine deutliche Sprache: Im Schnitt fehlte ein Arbeitnehmer:In krankheitsbedingt im Jahr 2023 an 20 Tagen auf der Arbeit. Außerdem waren an jedem einzelnen Tag des vergangenen Jahres 55 von 1.000 Arbeitnehmern krankgeschrieben – das entspricht einem Anstieg von 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und ist zugleich der höchste Wert, den die DAK-Gesundheit für ihre 2,4 Millionen erwerbstätigen Versicherten seit Beginn der halbjährlichen Analysen im Jahr 2013 gemessen hat. Dramatisch sind insbesondere die Entwicklungen im Bereich der mentalen Gesundheit. Die Krisen der letzten Jahre, sowie Umweltkatastrophen und Krieg tragen nicht zur psychischen Stabilität unserer Mitarbeiter:Innen bei. Die Daten der DAK-Gesundheit zeigen, dass die Fehltage von 2021 auf 2022 um 9 Prozent gestiegen sind. Die meisten psychisch bedingten Fehltage entfielen auf Menschen mit Depressionen. Auf Platz zwei kamen laut Studie Belastungs- und Anpassungsstörungen. Sie stiegen um 21 Prozent und damit am stärksten. Gleichzeitig fehlen tausende Kassensitze. Die Kammer schätzt, dass es rund 7.000 Kassensitze für Psychotherapeutinnen und -therapeuten zu wenig gibt. Diese Unterversorgung führt dazu, dass die durchschnittliche Wartezeit auf ein Erstgespräch mit einem Therapeuten oder einer Therapeutin bei knapp sechs Wochen liegt. Bis ein Therapieplatz zur Verfügung steht, vergehen im Schnitt nochmals 20 Wochen. Allein dieser Umstand bedingt längere Fehlzeiten. Unternehmen sehen sich zunehmend in der Verantwortung eigene Maßnahmen zu etablieren und zu finanzieren. Auch dies führt zu höheren Ausgaben auf der Arbeitgeberseite. Es sollte Arbeitgeber:Innen erleichtert werden, Angebote zur Verfügung zu stellen, die direkt mit den Krankenkassen abgerechnet werden können.

Psychische Probleme zählen auch zu den häufigsten Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen. Sie werden oft spät erkannt oder aus Scham tabuisiert. Nur etwa fünf bis zehn Prozent der Kinder mit psychischen Krankheiten bekommen professionelle Hilfe. Dies führt zu Folgeerkrankungen und zu einer niedrigeren Resilienz bei Arbeitseintritt. Folgeerscheinungen wie steigende Fehlzeiten und Suchtproblematiken häufen sich. Auch hier gibt es zu wenig Hilfestellungen.

Wir befinden uns hier in einem immer stärker werdenden Taufelskreis. Höhere Fehlzeiten bedeuten, dass weniger Mitarbeiter:Innen die gleiche Arbeit erledigen müssen. Wie der Vorstand schon einmal sagte: „hohe Fehlzeiten und Personalmangel bedingen einander und verstärken sich jeweils in den Effekten“. Diesen Kreis gilt es zu unterbrechen.“